



über die
1. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses
am Montag, dem 20.03.2006
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 21:30 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Herr Robert Biedermann
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Hartmut Madeja
Herr Jochen Müller
Herr Günter Stahlhut
Herr Manfred Wiedemann

Ratsmitglieder CDU

Frau Rosemarie Gerdes
Herr Heinrich Kissing
Frau Susanne Middendorf

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

Ratsmitglieder BG

Herr Dieter Kloß

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Oliver Kaczmarek
Herr Klaus Kasperidus
Herr Marco Pincus
Herr Volker Sekunde
Herr Klaus Slomiany

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Frau Ingrid Borowiak
Herr Karsten Diederichs-Späh

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Schneider

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen FDP
Herr Klaus-Wilhelm Nieme

Sachverständige/r Bürger/Bürgerin
Frau Edith Sujatta

Verwaltung

Herr Hans-Jochen Baudrexl
Herr Matthias Breuer
Herr Jochen Dornblüth
Herr Ulrich Gliefe
Herr Karsten Harrach
Frau Monika Holtmann
Herr Josef Jungmann
Herr Uwe Liedtke

Gäste

Herr Dr. Heinz, Büro Heinz, Jahnen + Pflüger
Herr Kühnert, Ing.-Büro Kühnert
Frau Lintel, Büro scape, Düsseldorf
Herr Spurling, Büro Scape, Düsseldorf

entschuldigt fehlten:

Herr Dieter Drescher
Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Joachim Eckardt
Herr Heinrich Hellekemper
Herr Marc Nathmann
Herr Herwig Rabeneck
Herr Karl-Adolf Schneider
Herr Karl-Heinz Stoltefuß
Herr Udo Theimann
Herr Wilfried Wiese

Herr **Lipinski** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, begrüßte die Anwesenden sowie die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Bürgeranregung zur Schaffung einer barrierefreien Verbindung der Bahngleise am Bahnhof Kamen	1/2006
2	Städtebauliche Neunutzung des Bahnhofsvorplatzes und des Bahnhofsumfeldes hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2006	

- | | |
|---|---|
| 3 | Rahmenplanung Bahnhofsumfeld
hier: Vorstellung von Planungsentwürfen durch das Büro Heinz, Jahnen & Pflüger, Aachen, und das Ingenieurbüro Kühnert, Bergkamen |
| 4 | Neugestaltung der Kamener Fußgängerzonen
hier: Sachstandsbericht der Verwaltung <ul style="list-style-type: none">- Bauzeitenplan- Baufortschritt- Kostenentwicklung- Ausschreibung weiterer Bauabschnitte- Möblierung |
| 5 | Bericht zur Situation und Entwicklung des Radverkehrs in der Stadt Kamen
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 13.12.2005 |
| 6 | Neugestaltung der östlichen Einsteinstraße im Bereich des Einkaufszentrums Kamen-Methler
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2006 |
| 7 | Bauvorhaben im Stadtgebiet
hier: Bericht der Verwaltung |
| 8 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
1/2006

Bürgeranregung zur Schaffung einer barrierefreien Verbindung der Bahngleise am Bahnhof Kamen

Herr **Baudrexl** bezeichnete den in der vorliegende Bürgeranregung geäußerten Vorschlag zur Schaffung einer barrierefreien Verbindung der Bahngleise am Bahnhof Kamen als wünschenswert, jedoch sei eine Realisierungsmöglichkeit derzeit nicht gegeben.

Herr **Kissing** teilte diese Einschätzung. Bei einer Neugestaltung des Kamener Bahnhofes sollten jedoch weitere Überlegungen im Hinblick auf eine behindertengerechte Gestaltung einfließen. Neben der in der Bürgeranregung angesprochene Problematik regte er an, zusätzliche Behindertenparkplätze auf der südlichen und nördlichen Bahnhofseite zu schaffen sowie an den Busstiegen Hochborde einzuplanen. Zudem bat er darum, auf die VKU dahingehend einzuwirken, dass zukünftig in den Fahrplänen und Netzlinienplänen dargestellt werde, welche Ein- u. Ausstiegspunkte sowie Linien eine behindertengerechte Zustiegsmöglichkeit ermöglichen (Hochbord, Neigetechnik).

Beschlussempfehlung:

Dem Antrag des Herrn Wolfgang Nitschke wird nicht gefolgt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Städtebauliche Neunutzung des Bahnhofsvorplatzes und des Bahnhofsumfeldes

hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2006

Herr **Kissing** schlug vor, die Tagesordnungspunkte 2 u. 3 zusammen zu beraten. Der Antrag beziehe sich auf die unter TOP 3 zu behandelnde Vorstellung der Rahmenplanung Bahnhofsumfeld.

Herr **Lipinski** erklärte den Tagesordnungspunkt 2 damit für erledigt.

Zu TOP 3.

Rahmenplanung Bahnhofsumfeld

hier: Vorstellung von Planungsentwürfen durch das Büro Heinz, Jahnen & Pflüger, Aachen, und das Ingenieurbüro Kühnert, Bergkamen

Herr **Lipinski** begrüßte Herrn Dr. Heinz (Büro Heinz, Jahnen & Pflüger, Aachen) und Herrn Kühnert (Ing.-Büro Kühnert, Bergkamen).

Herr **Baudrexl** verdeutlichte, dass die Rahmenplanung für das Bahnhofsumfeld aus verkehrs- und städtebaulichen Gründen erarbeitet worden sei.

Er erinnerte, dass aufgrund der Mitgliedschaft im Forum Bahnflächen zunächst die Möglichkeit der kostenlosen Auftaktkoordination in Anspruch genommen worden sei. Diese Ergebnisse seien dem Planungs- und Umweltausschuss in der Sitzung am 15.06.2004 vorgestellt worden. Im Anschluss daran wurde die Rahmenplanung beauftragt, die nunmehr durch die Herren Dr. Heinz und Kühnert vorgestellt werde. Mit dem Fördergeber seien durch die Verwaltung zwischenzeitlich erste Abstimmungsgespräche geführt worden. Vom Grundsatz her sei die geplante Maßnahme förderfähig. Zur Berücksichtigung dieser Fördermaßnahmen im Rahmen der in diesem Jahr anhängigen Einplanungsgespräche des Fördergebers, die sich derzeit frühestens auf die Jahre 2009/2010 beziehen, sei es erforderlich, eine Entscheidung über die Rahmenplanung noch vor der Sommerpause zu treffen. Zur weiteren Vorbereitung werde die Dokumentation zur „Rahmenplanung Bahnhofsumfeld“ den Ausschussmitgliedern in der kommenden Woche übersandt. Entsprechende Planunterlagen gehen darüber hinaus an die einzelnen Fraktionen.

Im anschließenden Vortrag erläuterte Herr **Dr. Heinz** detailliert die Zielsetzung der Rahmenplanung, stellte die verschiedenen Varianten vor und zeigte die städtebaulichen Konzepte für die favorisierten Varianten 5 a / 5 b auf.

Die Planung umfasst folgende Punkte:

- Neuorganisation der Bushaltestellen durch Verlegung von 3 Haltestellen direkt vor den Bahnhof und 2 Haltestellen östlich des neu zu errichtenden Parkhauses
- Neubau eines vergrößerten P+R-Parkhauses (rund 400 statt bisher 215 Parkplätze)
- Neubebauung des Grundstücks östlich des ZOB
- mögliche Bebauung südwestlich des Empfangsgebäudes
- Netzschluss „Innerer Ring“

Nachfolgend stellte Herr **Kühnert** die Grundzüge der Verkehrsplanung ausführlich dar. Im Wesentlichen sieht diese vor:

- Zur Gewährleistung eines gleichmäßigen Verkehrsflusses, zur Herbeiführung des Netzschlusses „Innerer Ring“ und zur Entlastung der Bahnhofstraße werden ein Kreisverkehr zwischen Westtucker Straße u. Busbahnhof sowie ein Minikreisel im Bereich Westtucker Straße/Koppelstraße/ Bahnhofstraße errichtet.
- Querbarkeiten werden durch Zebrastreifen gesichert.
- Kreisverkehre optimieren zudem die Befahrbarkeit durch den ÖPNV.
- Direkte Anbindung der Fahrradstation durch Radwege.
- Ausweisung von gesonderter Wartepunkten für Busse und Taxen im Bereich der Straße „Am Bahnhof“ (vor der Polizei).

Herr **Lipinski** dankte den Vortragenden für die informative und ausführliche Darstellung der Planungen. Er wies darauf hin, dass nunmehr die Rahmenplanung Bahnhofsumfeld zur weiteren Beratung in die Fraktionen gegeben werde.

Auf Nachfrage von Herrn **Diederichs-Späh** zur Konzeptionierung für den möglichen Neubau neben dem Empfangsgebäude erläuterte Herr **Dr. Heinz**, dass hier verschiedene Möglichkeiten bestünden. Neben einer reinen gewerblichen Nutzung könnte auch eine Kombination von Parkmöglichkeiten im EG und gewerblicher Nutzung in Betracht kommen.

Insgesamt sei zu beobachten, dass gerade Grundstücke in Bahnhofsnähe aufgrund günstigerer Konditionen durch die Umstrukturierung der DB an Attraktivität gewonnen hätten und daher als städtebaulich wichtig zu bewerten seien.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich, in wie weit die Verkehrsführung eine Wegweisung Richtung Innenstadt ermögliche.

Dazu führte Herr **Dr. Heinz** aus, dass hier eine Verbindung assoziativ hergestellt würde, so würde z. B. die geplante Bebauung und die Charakterisierung des Straßenbereichs den Weg leiten.

Herr **Kloß** bezweifelte die Sinnhaftigkeit des geplanten Minikreisels.

Herr **Kühnert** entgegnete, dass in diesem Zusammenhang noch eine weitere Konzeption für die Bahnhofstraße erforderlich sei.

Das vorgestellte Gesamtkonzept wurde von Herrn **Stahlhut** positiv bewertet. Seiner Auffassung nach seien nunmehr die aufgezeigten Varianten 5 a und 5 b zu diskutieren.

Hinsichtlich seiner Anfrage zu möglichen Begegnungsverkehren der Busse im Bereich der Polizei erklärte Herr **Kühnert**, dass hier lediglich ein Richtungsverkehr erfolge. In Bezug auf die von Herrn Stahlhut angesprochene Problematik bei der Anbindung „Am Bahnhof“ (Bereich Kornhaus) in die Westtucker Straße sah Herr Kühnert durch die reine Rechtsabbiege-Möglichkeit keine Probleme für den Verkehrsfluss.

Des Weiteren stimmte Herr **Stahlhut** den Ausführungen von Herrn Kühnert zu, dass eine Überplanung der Bahnhofstraße im oberen Bereich unter Einbeziehung der derzeitigen Problematik (Ampelanlage) dringend erforderlich sei.

Herr **Nieme** fragte an, ob der Erhalt des derzeitigen Parkhauses und die Erweiterung um ein zweites Tiefgeschoss beim Parkhaus möglich seien.

Herr **Dr. Heinz** entgegnete, dass die Schaffung weiterer Parkmöglichkeiten im Bahnhofsbereich aufgrund des vorhandenen Parkdrucks im Vordergrund stünde. Das derzeitige Parkhaus entspreche u. a. nicht mehr den heutigen Anforderungen auch in Bezug auf die Nutzbarkeit. Außerdem sei die Errichtung eines 2. Tiefgeschosses wirtschaftlich nicht zu vertreten.

Bezug nehmend auf die Nachfrage von Herrn **Diederichs-Späh** zur Eignung der Kreisel für den Lkw-Verkehr verdeutlichte Herr **Kühnert**, dass diese dafür ausgelegt seien und Probleme nur durch die Disziplinlosigkeit der Fahrer ausgelöst würden.

Zur Frage von Frau **Middendorf** zur grundsätzlichen Erforderlichkeit des geplanten Minikreisels zeigte Herr **Kühnert** auf, dass aufgrund der zu erwartenden Verkehrsströme (z. B. in Richtung Parkplatz unter der Hochstraße, Lieferverkehr Bahnhofstraße) der Minikreisel die Verkehrsverteilung besser regeln würde (Beispiel: Minikreisel Weststraße / Westenmauer / Lünener Straße / Koppelstraße) und zudem die Querbarkeit für Radfahrer und Fußgänger erleichtert würde.

Herr **Kissing** regte an, die für das Parkhaus vorgesehene Fläche dem Einzelhandel anzubieten. Hier würde eine große Fläche mit ausreichend großem Parkraum dem Einzelhandel (z. B. Discounter) zu Verfügung gestellt und damit den Ansprüchen für eine solche Ansiedlung entsprochen. Als Standort für das Parkhaus schlug er die Grünfläche hinter dem Rathaus vor. Er erkundigte sich, ob solche Überlegungen bei der Aufstellung der Rahmenplanung in Erwägung gezogen worden seien.

Herr **Dr. Heinz** wies darauf hin, dass sich bei einer Kombination von P+R-Parkplätzen und Einzelhandel Probleme durch die Addition des Parkplatzbedarfes ergeben würden. Darüber hinaus bewertete er die dann entstehende Architektur für das Bahnhofsumfeld als nicht befriedigend.

Herr **Kühnapfel** lehnte den Vorschlag von Herrn Kissing entschieden ab. Auch aufgrund der Erkenntnisse aus dem Einzelhandelskonzept sei es nicht sinnvoll, eine Konkurrenz für den Einzelhandel in der Innenstadt zu schaffen. Auch eine Verlegung des Parkhauses zum Rathausbereich sei nicht sinnvoll.

In Bezug auf den Radverkehr forderte Herr **Kühnapfel** eine bessere Einbindung.

Daraufhin erläuterte Herr **Kühnert** das Konzept für die Radwegführung beim Kreisverkehr, wobei der Radfahrer grundsätzlich Vorfahrt habe und die Verkehrssicherheit für den Radverkehr gewährleistet sei. Bei der Straße „Am Bahnhof“ sei nur eine geringe Verkehrsbelastung zu erwarten; hier könne jedoch überlegt werden, eine Angebotsspur für den Radverkehr einzurichten.

Herr **Dr. Heinz** stellte auf Nachfrage von Herrn **Kaczmarek** klar, dass das geplante Parkhaus mit einer Höhe von ca. 10 m die Wohnbebauung nicht überragen würde.

Herr **Kaczmarek** bat um nähere Informationen zum Charakter des Bahnhofsvorplatzes.

Herr **Dr. Heinz** führte dazu aus, dass der Bahnhofsvorplatz einen attraktiven Raum für die Ankunft darstellen sollte, aber lediglich den Charakter eines Durchgangsbereiches habe und dabei in keiner Konkurrenz zur Aufenthaltsqualität der Innenstadt stehe.

Die Anregung von Herrn Kissing bezüglich der Ansiedlung von Einzelhandel im Bahnhofsbereich lehnte Herr **Kaczmarek** ab und stimmte den vorangegangenen Ausführungen von Herrn Kühnapfel zu.

Herr **Liedtke** wies nochmals darauf hin, dass im Hinblick auf die Förderung die Einplanungsgespräche im Herbst 2006 stattfinden werden und die Verwaltung die Förderanträge bis zur Sommerpause auf den Weg bringen müsse. In der nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses sei aufgrund der aufgezeigten Zeitschiene daher eine Entscheidung zur Planung des Bahnhofumfeldes und zum damit verbundenen Netzschluss „Innerer Ring“ zu treffen.

Herr **Lipinski** richtete an die Ausschussmitglieder die Bitte, die Diskussion der Rahmenplanung in den Fraktionen fortzusetzen, Anregungen aufzugreifen und die weitere Entscheidungsfindung vorzubereiten.

Zu TOP 4.

Neugestaltung der Kamener Fußgängerzonen

hier: Sachstandsbericht der Verwaltung

- Bauzeitenplan
- Baufortschritt
- Kostenentwicklung
- Ausschreibung weiterer Bauabschnitte
- Möblierung

Zu Beginn merkte Herr **Kissing** an, dass er sich von der Verwaltung umfangreichere Informationen wünsche, in der Gestalt, dass die erforderlichen Informationen zur Sitzung (z. B. als Tischvorlage) vorlägen und ebenfalls bereits vorab eine Beratung in den Fraktionen unter Einbeziehung dieser Unterlagen erfolgen könnte.

Dem entgegnete Herr **Baudrexl**, dass die Verwaltung stets bemüht sei, Vorlagen zu erstellen, sofern es angebracht sei. Oftmals würden lediglich Mitteilungen und Sachstandsberichte gegeben, für die keine Vorlagen notwendig seien. Soweit erforderlich würden weitergehende Informationen als Anlage zum Protokoll oder direkt an die Fraktionen gegeben. Der heute wesentliche Teil dieses Tagesordnungspunktes, die Möblierung, liege als Tischvorlage den Ausschussmitgliedern vor. Die weiteren Unterpunkte seien jedoch nur rein informativ und knapp abzuhandeln, so dass sich umfangreiche Tischvorlagen hier erübrigen würden. So gäbe es bei der Kostenentwicklung keine neuen Erkenntnisse – lediglich die Bepflanzung des 1. und 2. BA wurde ausgeschrieben, der dafür in Ansatz gebrachte Kostenrahmen werde eingehalten.

Zu Bauzeitenplan und Baufortschritt führte Herr **Adamini** aus, dass witterungsbedingt sich die Fertigstellung des 1. BA um ca. 4 Wochen verzögere und somit nach derzeitigem Stand für die 26. KW (Ende Juni/Anfang Juli) eingeplant sei. Der Submissionstermin für die Ausschreibung der Bepflanzung (1. + 2. BA) fand am 21.02.2006 statt. Daran haben sich 22 Bieter beteiligt; 8 Angebote kamen zur Wertung; Fa. Röttger erhielt den Zuschlag für die Angebotssumme in Höhe von 132 T€. Nunmehr laufe die europaweite Ausschreibung für den 2. BA. Die Submission wird am 07.04.2006 erfolgen, so dass über die Ausschreibungsergebnisse im Mai berichtet werden könne. Derzeit gebe es keine Kostenänderung.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich, ob die Ausschreibungen getrennt würden in Tiefbau und Lieferung der Steine.

Herr **Adamini** erklärte, dass dies nie vorgesehen war. Die Ausschreibung umfasst beides.

Herr **Baudrexl** teilte mit, dass der Kanalbau z. T. aus der Gesamtausschreibung herausgenommen worden sei.

Herr **Jungmann** vom Eigenbetrieb Stadtentwässerung stellte dar, dass aufgrund von Zeiteinsparungen und höherer Flexibilität die Entscheidung für eine separate Ausschreibung des Kanalbaus gefallen sei. Er erläuterte die aktualisierte Zeitschiene wie folgt:

- 1. BA ab April 2006: Kämerstraße bis Willy-Brandt-Platz
- 2. BA ab Juni 2006: Weststraße bis Willy-Brandt-Platz
- 3. BA ab Juni 2006 (parallel): Kördelgasse (hier geschlossene Bauweise)

Herr **Liedtke** berichtete, dass die Ausschreibung des 2. BA derzeit laufe. Darin inbegriffen seien auch die Randbereiche, die in Betonstein ausgebaut würden. Zur Veranschaulichung reichte er ein Betonsteinmuster und ein Muster des Granits herum.

Zur Thematik „Möblierung“ erklärte Herr **Baudrexl** zunächst, dass der von Scape erarbeitete Vorschlag verwaltungsmäßig getragen würde. Die wesentlichen Planungen liegen den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor. Ein diesbezügliches Votum des Planungs- und Umweltausschusses sei für die kommende Sitzung vorgesehen, so dass genügend Zeit für die Vorbereitung des Beschlusses bliebe.

Herr **Lipinski** begrüßte Frau Lintel und Herrn Spurling vom Architekturbüro Scape.

Frau **Lintel** unterbreitete die konkreten Vorschläge für die Möblierung der Innenstadt anhand von Bildern u. Plänen. Dabei sei ein wiederkehrendes System entwickelt worden. Die Beleuchtung, die in Kürze installiert werde, habe dabei als Anknüpfungspunkt gedient. Die Möblierung solle die unterschiedlichen Charaktere und Aufenthaltsqualitäten herausstellen. Sie wird nur an notwendigen Stellen (oftmals in Kombination mit Bäumen) eingesetzt, damit Wegebeziehungen und Veranstaltungsräume erhalten blieben. Im Einzelnen stellte sie die verschiedenen Sitzmöbel (Bank mit Rückenlehne, Typ Lauenburg, Fa. Michow, z. B. im Bereich Adenauerstraße, Baumreihe / Bank ohne Rückenlehne, Hockerbank Lauenburg, Fa. Michow, z. B. in der Weststraße / Podestaufgaben, z. B. im Bereich der Spielmöglichkeit Platane vor der Sparkasse / Sonderelement Bank im Kombination mit Baumscheibenabdeckung im Bereich des Spaliers am Willy-Brandt-Platz) vor. Als Holz wurde heimische Eiche ausgewählt, wobei auf Pflege und Reparierbarkeit geachtet wurde.

Herr **Spurling** stellte die Vorteile dieser Auswahl heraus (Lieferbarkeit, Haltbarkeit von 10 – 15 Jahren, weiter Behandlung des Holzes nicht erforderlich, kein hoher Pflegeaufwand, leichte Auswechslung der Holzteile möglich). Holz sei darüber hinaus sehr bequem und komfortabel. Die mittelgraue (Farbe: DB 702) Stahlunterkonstruktion sei pulverbeschichtet und das derzeit Haltbarste gegen Kratzschäden.

Weiter erläuterte Frau **Lintel**, dass im Durchgangsbereich Willy-Brandt-Platz/ Kämmerstraße die Aufstellung von Blumenkübeln vorgesehen sei, da eine direkte Bepflanzung durch die darunter befindliche Tiefgasse nicht möglich sei. Die Kübel seien durch die farbliche Gestaltung gut integriert (mittelgrau).

Für die Gestaltung der Mülleimer, so erklärte Frau Lintel, wurde ein eigenes Design entwickelt und von der Fa. Michow als Prototyp angefertigt. Es handelt sich um einen 45-l-Abfallbehälter mit seitlichem Einwurf und oberer Abdeckung, die einen separaten Ascher mit Edelstahleinfassung enthält. Vorteilhaft sei auch die kurze Entleerungszeit.

Des Weiteren stellte Frau Lintel die Poller und Fahrradständer von der Fa. Thieme vor. Bei den Pollern werde derzeit der Schließmechanismus noch überarbeitet. Die Fahrradbügel sollen im gesamten Innenstadtbereich verteilt werden, vornehmlich im Bereich von Baumstandorten, da sie dadurch für die Bäume einen zusätzlichen Anfahrtschutz bilden würden.

Die Stahlkonstruktionen bei dem vorgestellten Möbeln habe jeweils ein Stärke von 2 cm.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich, wie der Kosten der vorgeschlagenen Möblierung im Vergleich zu den Alternativvorschlägen stünden.

Herr **Spurling** erläuterte dies anhand von Beispielen. So läge die vorgeschlagene Hockerbank Lauenburg bei ca. 800,- € , etwa gleich auf mit der Bank Feris, die jedoch aufwendiger zu reparieren sei (Längsstreben) während das Alternativmodell Versio bei ca. 2.000,- € läge. Er verdeutlichte, dass hier eine Abwägung zwischen Kosten und Qualität sowie Vor- und Nachteile bei der Vorschlagsfindung erfolgt sei.

Auf Nachfrage von Herrn **Diederichs-Späh** zum Graffiti-Schutz informierte Herr **Spurling** darüber, dass diesbezüglich derzeit eine entsprechende Materialtestung laufe, die Kratzfestigkeit für ein pulverbeschichtetes Material spreche, dieses aber nicht einfach überstreichbar sei und daher der Abwägungsprozess noch laufe.

Herr **Kloß** merkte an, dass unbehandeltes Holz, wie es bei den Sitzmöbeln vorgesehen sei, seiner Meinung nach mit der Zeit dreckig und unansehnlich wirke.

Herr **Spurling** erläuterte, dass es sich bei Eiche um ein nicht sehr offenes Holz handele, dass sehr stabil und fest sei. Des Weiteren würde sich eine Lackierung schnell abnutzen. Bei natürlicher Belassung des Holzes würde dieses gleichmäßig dunkler/grauer.

Herr **Kissing** erkundigte sich, ob das Mobiliar „mobil“ sei, d. h. ob es z. B. bei Veranstaltungen bei Bedarf demontiert werden kann.

Frau **Lintel** antwortete, dass diese Möglichkeit bestünde, da eine Verschraubung erfolge. Die wöchentlichen Veranstaltungen wären davon jedoch nicht betroffen.

Auf Anfrage von Herrn **Kissing**, ob an Stelle der Bänke mit Rückenlehne die Hockerbänke ausreichend seien, erinnerte Herr **Baudrexl** an die Einwohnerversammlungen, bei denen gerade ältere Bürgerinnen und Bürger den Wunsch nach Bänken mit Rückenlehnen äußerten.

Herr **Kissing** befürchtete bei den vorgestellten eckigen Fahrradbügeln eine Gefahr für Schäden an den Fahrrädern.

Frau **Lintel** teilte diese Befürchtung nicht. Sie erläuterte, dass dieses robuste Möbelstück sich durch seine schlichte und gut anpassende Form auszeichne, funktional sei und den angestrebten Diebstahlschutz erfülle.

Herr **Kissing** merkte an, dass mit Blick auf die strenge Form des Mobiliars die Beschränkung auf eine gewisse Auswahl erfolgt sei und erkundigte sich, ob unter Kostengesichtspunkten auch andere Varianten untersucht worden seien. Des Weiteren wollte er wissen, ob der Gesamtkostenrahmen eingehalten worden sei.

Die gewählte Form sei kein Preisnachteil, so sagte Frau **Lintel**. Mit der Auswahl seien Ästhetik, Eleganz und Dauerhaftigkeit berücksichtigt. Der Kostenrahmen sei insgesamt eingehalten worden (ca. 168 T€ für Lieferung, Einbau, Lackierung, Fundamente).

Herr **Kühnapfel** stellte heraus, dass es für die Neugestaltung der Innenstadt wichtig sei, ein ansprechendes Mobiliar auszuwählen – Plastik käme da wirklich nicht in Frage.

Herr Kühnapfel bemerkte, dass auf ihn die Pflanzkübel klotzig und kantig wirken und sah darin eine Verletzungsgefahr.

Frau **Lintel** erläuterte, dass die Ecken abgerundet seien und diese nur in der Passage „Willy-Brandt-Platz“ aufgestellt würden, wo eine andere Bepflanzung durch die Tiefgarage nicht möglich sei.

Auf Anfrage von Herrn **Kühnapfel** zur Art der Bewässerung erklärte Herr **Spurling**, dass es sich ähnlich wie beim Blumentopf um eine Anstaubewässerung handele. In diese Pflanzkübel sollen Solitärsträucher (z. B. Felsenbirne) eingebracht werden, so dass der Wurzelraum ausreichend sei.

Herr **Liedtke** wies darauf hin, dass bei der Mobiliarauswahl auch eine angemessene Qualität und ein ansprechendes Design mit Blick auf die Gesamtmaßnahme anzusetzen gewesen sei – Recyclingkunststoff wäre nicht angemessen.

Herr **Diederichs-Späh** fragte nach, ob sich zwischen den Bänken Fahrspuren entwickeln könnten.

Frau **Lintel** erklärte, dass der Unterbau entsprechend angelegt sei, so dass dieses vermieden werden solle. Außerdem seien die Intarsien in gebundener Bauweise zu verlegen.

Auf Anfrage von Herrn **Kissing**, warum Eigenentwicklungen (Papierkorb) notwendig seien, erläuterte Herr **Spurling**, dass hier eine Anpassung an die Anforderungen erfolgt sei (Verankerung im Boden, Öffnung nicht oben).

Herr **Wiedemann** begrüßte die Kreativität bei der vorgestellten Möblierung.

Herr **Baudrexl** fasste zusammen, dass hier ein Mobiliar vorgestellt wurde, welches sich gut in das Gesamtkonzept einfüge. Eine zeitlose und geschmackvolle Möblierung sei vorgeschlagen worden. Nunmehr hätten die Ausschussmitglieder die Möglichkeit, sich mit den Vorschlägen auseinander zu setzen.

Herr **Liedtke** räumte ein, für die nächste Sitzung zwei Musterbänke zur Begutachtung aufstellen zu lassen.

Herr **Kloß** wollte wissen, wo das Wasser bliebe, dass sich im Aschenbecher sammle.

Herr **Spurling** erläuterte, dass der Aschenbecher ein getrenntes System sei, Überlegungen zum Flüssigkeitsaustritt seien noch nicht abgeschlossen (evtl. Aufstellung mit Neigung).

Herr **Kissing** kritisierte wiederholt, dass ihm die Informationen als unzureichend erschienen. Er habe u. a. eine Skizzierung der Grundgedanken, Aufzählung von Alternativen sowie einen Kostenvergleich in schriftlicher Form erwartet.

Darüber hinaus merkte er an, dass seiner Meinung nach auch auf Grundlage dieser Informationen die nicht im Ausschuss vertretenen Ratsmitglieder gern mitdiskutieren und Anteil an der Entscheidungsfindung nehmen wollten. Durch die Einführung des NKF, so merkte er an, würden viele Informationen (z. B. Ausschreibungen, Vergaben) untergehen.

Herr **Baudrexl** äußerte grundsätzliches Verständnis und teilte nochmals mit, dass hier zwischenzeitlich lediglich die Vergabe der Bepflanzung erfolgt sei.

Frau **Schneider** zeigte sich angesichts der Anmerkungen von Herrn Kissing verwundert. Sie vertrat die Meinung, dass im Rahmen des Wettbewerbs bereits klare Formen vorgegeben waren und an diesem Wettbewerb wäre auch die Politik beteiligt gewesen. Die Einigung auf ein Konzept und eine Linie sei erfolgt.

Herr **Kissing** teilte diese Meinung jedoch nicht; er sehe den Rat in seiner Gesamtheit nicht genügend beteiligt.

Herr **Baudrexl** informierte darüber, dass die Tiefgarage aufgrund der geplanten Sanierung für einen begrenzten Zeitraum nicht zur Verfügung stünde. Die Dauernutzer seien bereits entsprechend darauf hingewiesen worden. Zwischenzeitlich seien die bestehenden Verträge gesichtet worden. Eine Überarbeitung und Anpassung der Verträge schein erforderlich. In Einzelgesprächen solle die Frage hinsichtlich des Beitrags zu den Sanierungskosten geklärt werden, da viele unterschiedliche Vereinbarungen vorhanden seien.

Herr **Lipinski** dankte Herrn Spurling und Frau Lintel für die Vorstellung des Möblierungskonzeptes.

Zu TOP 5.

Bericht zur Situation und Entwicklung des Radverkehrs in der Stadt Kamen hier. Antrag der CDU-Fraktion vom 13.12.2005

Herr **Kissing** erläuterte den Antrag der CDU-Fraktion.

Seit Vorstellung des Radverkehrskonzeptes im Oktober 2002, so Herr **Liedtke**, sei durch die Verwaltung eine ständige Fortschreibung erfolgt. Der aktualisierte Sachstand stelle sich wie folgt dar:

Radwege

Umgesetzt:

- Radweg an der „Zollpost“ zwischen Fußgängerbrücke und „In der Bredde“
- Radspur „Borsigstraße“ (Freigabe der Einbahnstraße für Radfahrer)
- Radweg „Königstraße“
- Radweg entlang der „Heerener Straße“ (im Bereich des Baugebietes Nr. 17 Ka-HW)

Zurzeit in der Realisierung:

- Radweg entlang der Körne zwischen „Schulze-Berger-Busch“ und „Hemsack“ (Fertigstellung Frühjahr 2006)
- Radwege entlang der Körne (Abschnitte im Zuge der Ausbaumaßnahme des Lippeverbandes)
- Radwege entlang der Seseke
- Radweg „Germaniastraße“

Zurzeit in Planung:

- Radweg vom Baugebiet „Heerener Straße“ zur „Bergstraße“ (Mühlbach)
- Radweg entlang der „Heerener Straße“ zwischen „Derner Straße“ und der Gesamtschule (Land NW)

Weitere Maßnahmen:

Umgesetzt:

- Optimierung der Radverkehrsführung „Friedhofstraße“, Kreuzung „Ostring“
- Induktionsschleife für Radfahrer im „Kamen Karree“
- Radwegenetz Kreis Unna, Erfassung und Erneuerung der Beschilderung (Kreis Unna), Konzept für dauerhafte Unterhaltung
- Veröffentlichung der Karte RadTour östliches Ruhrgebiet in Zusammenarbeit der Städte mit dem RVR

Zurzeit in der Realisierung/Planung:

- Fahrradabstellanlage an der Schnellbushaltestelle „Südkamener Straße“
- Fahrradabstellmöglichkeiten in der Fußgängerzone
- Erweiterung der Radverkehrsbeschilderung auf lokale Rundwege sowie lokale Zielbeschilderungen
- Optimierung von Kreuzungen für Radfahrer (überwiegend erforderlich bei Kreuzungen mit klassifizierten Straßen – Zustimmung des Landesbetriebes notwendig)

Herr **Stahlhut** brachte zum Ausdruck, dass der vorangegangene Bericht die hervorragende und engagierte Arbeit der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit den Fachausschüssen widerspiegele.

Aufgrund der Vielzahl von Maßnahmen beantragte Herr **Kissing** die Fortschreibung und Bereitstellung des Radverkehrsberichtes in schriftlicher Form.

Herr **Lipinski** entgegnete, dass dieser Antrag überflüssig sei, da der Radverkehrsbericht sowieso – wie Herr Liedtke berichtet habe – ständig fortgeschrieben werde.

Herr **Baudrexl** sagte zu, eine aktualisierte Auflage zu erstellen und zu verteilen.

Herr **Liedtke** wies darauf hin, dass zukünftig mit einer geringeren Förderung des Radverkehrs durch das Land NW zu rechnen sei.

Frau **Schneider** regte eine Verteilung in digitaler Form an.

Herr **Lipinski** fasste zusammen, dass die Verwaltung eine aktualisierte Auflage erstellen und in geeigneter Form bereitstellen werde.

Zu TOP 6.

Neugestaltung der östlichen Einsteinstraße im Bereich des Einkaufszentrums Kamen-Methler
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2006

Herr **Kissing** verzichtete auf eine Erläuterung des Antrages, da dieser in schriftlicher Form vorliege.

Herr **Liedtke** zeigte und erläuterte eine Planung zur Umgestaltung des Bereiches, die 1998 in Zusammenarbeit mit der Ruhr-Lippe-Wohnungsbau-gesellschaft erstellt worden war. Zielsetzung sei gewesen, mehr Parkraum zu schaffen. Damals sei dieser Planentwurf mit den Gewerbetreibenden abge-stimmt worden. Da die überplanten Flächen teilweise privat, teilweise öffent-lich seien, bestünde hier ein Problem bei der Finanzierung. Er teilte mit, dass in ca. 3 Jahren die Erneuerung der Germaniastraße anstünde, so dass in diesem Zusammenhang eine neue Überplanung des Bereiches Germania-straße / Einsteinstraße bis Einmündung Röntgenstraße erfolgen solle. Ziel könnte es dann sein, in Zusammenarbeit mit der Ruhr-Lippe-Wohnungsbau-gesellschaft und den in dem Bereich ansässigen Gewerbetreibenden ein neues Konzept zu erarbeiten.

Herr **Kissing** bat die Verwaltung, die Planung im Hinblick auf den Einzel-handel weiter voranzutreiben.

Auf die Nachfrage von Herrn **Kissing**, ob auf der nördlichen Seite der Einsteinstraße ebenfalls Parkmöglichkeiten geschaffen werden könnten, entgegnete Herr **Liedtke**, dass der Querschnitt in diesem Bereich nicht ausreichend sei.

Herr **Kloß** regte die Aufstockung des Parkhauses um ein Deck an.

Diesbezüglich informierte Herr **Liedtke** darüber, dass es sich nicht um ein öffentliches Parkhaus handele, sondern die Ruhr-Lippe-Wohnungsbau-gesellschaft Eigentümerin sei. Demzufolge habe die Stadt darauf keinen direkten Einfluss.

Zu TOP 7.

Bauvorhaben im Stadtgebiet
hier: Bericht der Verwaltung

7.1 Ersatzbau Markt 6

Herr **Baudrexl** bemerkte vorab, dass das Gebäude „Rieder“ nicht unter Denkmalschutz stehe. Aufgrund des historischen Charakters des „Alten Marktes“ habe sich der Investor jedoch frühzeitig zwecks Bauberatung mit der Verwaltung in Verbindung gesetzt. Die Verwaltung schaltete das Westfälische Amt für Denkmalpflege ein, welches bei der Erarbeitung und Gestaltung der Planungen mitgewirkt habe. In dieser Sitzung wolle die Verwaltung über den derzeitigen Projektstand informieren.

Herr **Dornblüth** erläuterte das Vorhaben und stellte die Pläne vor. Es sei ein 2-geschossiges Gebäude mit rückspringendem Staffelgeschoss geplant. Das Erdgeschoss solle für Gastronomie / Dienstleistung genutzt werden, das 1. OG für Dienstleistung (Büros/Praxen) oder Wohnnutzung.

Im 3. OG und im Penthouse sei eine Nutzung für Wohnzwecke geplant. Stellplätze im Kellergeschoss seien vorgesehen.

Herr **Liedtke** informierte ausführlich über die zu berücksichtigenden Fragen der Denkmalpflege. Die Verwaltung habe das Westfälische Amt für Denkmalpflege frühzeitig beteiligt. Aufgrund der Nachbarschaft des geplanten Gebäudes zu einem eingetragenen Denkmal sowie aufgrund des städtebaulichen Gesamtensembles „Alter Markt“, seien die ersten Entwürfe im Konsens mit dem Denkmalamt überarbeitet und optimiert worden. Kritikpunkt sei nunmehr noch die Höhe des Staffelgeschosses. Weitere Details wie Farbe, Fenster, Fensterleibungen seien noch abzustimmen. Derzeit müsse der Eigentumserwerb durch den Investor noch erfolgen. Eine Baugenehmigung vorausgesetzt, könne der Abriss des alten Gebäudes ab Mitte 2006 erfolgen. Der Neubau könnte Anfang 2007 realisiert sein.

Herr **Kissing** sah einen funktionalen Mangel im Bereich der Bushaltestelle und regte an, durch eine Überdachung am Gebäude den überdachten Wartebereich zu vergrößern.

Herr **Liedtke** erwiderte, dass dies vom Investor bereits vorgeschlagen worden sei. Die vorhandene Wartehalle solle nicht ersatzlos beseitigt werden. Die VKU sei bereits beteiligt worden und habe das Bauvorhaben begrüßt.

7.2 Planungen „Haus Lander“ (Germaniastraße)

Herr **Dornblüth** teilte mit, dass es von einem Architekturbüro eine Anfrage gebe, die dort vorhandene Bebauung abzurechen und 3 Reihenhäuser mit insgesamt 8 Wohneinheiten zu errichten. Die Bebauung erfolge nach § 34 BauGB. Die Verwaltung habe diesbezüglich keine Bedenken.

Herr **Kissing** erkundigte sich, ob die Nutzung der Fläche für andere Zwecke (Hallenbad, Sportschule) überprüft worden sei.

Herr **Dornblüth** bemerkte, dass derartiges nicht bekannt sei.

Auf Nachfrage von Frau **Middendorf** zur Grundstücksgröße gab Herr **Dornblüth** diese mit rd. 1.200 qm an.

7.3 Errichtung eines Mehrzweckgebäudes am Kunstrasenplatz

Herr **Dornblüth** stellte die Pläne vor. Die Vereine SuS Kaiserau und TV Germania Kaiserau werden ein eingeschossiges Gebäude (ca. 10 x 16 m) in Eigenregie errichten. Die Stadt unterstütze die Vereine beim Kauf der Materialien. Die Nutzung stelle sich wie folgt dar: ein großer Mehrzweckraum, Toilettenanlagen, Kioskbereich

Herr **Liedtke** informierte über die vorgesehenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Es seien 6 Birken und ca. 20 m Weißdornhecke entfernt worden. In Abstimmung mit dem Kreis Unna seien Ersatzpflanzungen nördlich der A 2 sowie die Anpflanzung von 3 – 4 Eibengruppen auf dem Sportgelände für Herbst 2006 eingeplant.

Herr **Kühnapfel** beurteilte die Pflanzung von Eibengruppen als eine nicht adäquate Lösung. Er schlug vor, auf der Wiesenfläche wiederum eine Weißdornhecke zu pflanzen.

Herr **Harrach** erläuterte, dass die vorgestellte Ersatzpflanzung mit den Fachbereichen 70 und 51.3 abgestimmt seien. Anforderung im Bereich des Kunstrasenplatzes sei es, die Laubeintragung im Bereich der Kunstrasenfläche zu vermeiden. Zudem sei die Eibe ein heimisches Gehölz im mitteleuropäischen Bereich.

Herr **Kühnapfel** erwiderte, dass aufgrund der umliegenden starken Bepflanzung die Problematik des Laubeinfalls im Bereich des Kunstrasenplatzes für ihn nicht einzusehen sei.

Die Verwaltung sagte eine diesbezügliche Prüfung für die interne Ausgleichsmaßnahme zu.

7.4 Altes Rathaus

Herr **Dornblüth** informierte, dass im Bereich des alten Rathauses folgende Baumaßnahmen geplant seien:

- a) Beseitigung des Bauzauns und Anlegung einer für Außengastro-
nomie geeigneten Innenhofgestaltung (Pläne wurden vorgestellt)
- b) Fassadensanierung:
Weiteres Gutachten liegt vor. Ursächlich für die Bildung von Span-
nungsbereichen waren die Spachtelung und Beschichtung, durch
die Feuchtigkeit nicht ausdiffundieren konnte, was zu Abplatzungen
führte.
Erforderliche Arbeiten sind die Abtragung der vorhandenen
Beschichtung und das Auftragen eines diffusionsdurchlässigen
Putzes.
Die Sanierung erfolgt in Abstimmung mit dem Westfälischen Amt
für Denkmalpflege.
Der Beginn der Arbeiten ist für Ende April/Anfang Mai 2006
geplant.

Herr **Kissing** zeigte sich, unter Bezugnahme auf die Behandlung der Sanierung des alten Rathauses im Rechnungsprüfungsausschuss, darüber irritiert, dass diese Thematik unter dem Tagesordnungspunkt „Bauvorhaben im Stadtgebiet“ abgehandelt wird. Dieses sensible Thema hätte seiner Ansicht nach in der Tagesordnung gesondert ausgewiesen werden müssen. Die Verwaltung sei der Informationspflicht insofern nicht nachgekommen. Aufgrund fehlender Informationen zur Sanierung des alten Rathauses (Verfahren, Kosten,...) könne seine Fraktion dieser Baumaßnahme nicht zustimmen. Zudem kritisierte er, dass die vom Bürgermeister gegebene Zusage über eine weitere Berichterstattung im Rechnungsprüfungsausschuss bisher nicht erfüllt worden sei.

Herr **Baudrexl** verdeutlichte, dass dieser Teil des Tagesordnungs-
punktes „Bauvorhaben im Stadtgebiet“ nur der Information diene, dass
mit der Sanierungsmaßnahme begonnen werde.

Die Notwendigkeit der Sanierung sei bereits im Planungs- und Umweltausschuss sowie im Rechnungsprüfungsausschuss festgestellt worden. Er unterstrich, dass die Ursachenforschung nicht im Planungs- und Umweltausschuss, sondern im Rechnungsprüfungsausschuss ausführlich behandelt worden sei. Der Bürgermeister habe in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses die juristische Prüfung möglicher haftungsrechtlicher Ansprüche zugesagt. Dies sei von der eigentlichen Durchführung der Sanierung und der hier pflichtgemäß gegebenen Information über den Baubeginn thematisch zu trennen und abzukoppeln. Er bot an, dass selbstverständlich eine weitere fachliche Erörterung für die nächste Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses vorbereitet werden könne, sofern das erwünscht sei.

Herr **Kloß** schloss sich der Kritik von Herrn Kissing an. Die Information der Verwaltung, dass sich in dem Bereich des abgerissenen Rathausanbaus noch Reste des Mauerwerkes befänden, irritiere ihn sehr, da der Rathausanbau aufgrund des Befalls mit dem gefährlichsten Hausschwamm abgerissen worden war. Dies würde bedeuten, dass hier einerseits nicht richtig entsorgt worden sei, was letztlich dazu geführt haben könnte, dass infolge der Übertragung des Hausschwammes auf angrenzende Gebäude eine massive Gefährdung dieser Bebauung in Kauf genommen worden sei. Andererseits könne dies jedoch auch darauf hinweisen, dass der Rathausanbau gar nicht mit dem Hausschwamm befallen war und dies nur ein Vorwand für den Abriss gewesen sei. Darin sehe er eine Verschwendung von Steuergeldern in Höhe von 500 TDM (100 TDM für Abriss und 400 TDM für den Gebäudewert). Seiner Ansicht nach wäre es vernünftiger gewesen, das Gebäude damals zu sanieren. Dies sei jedoch aufgrund des von der Mehrheitsfraktion eingerichteten Kostencontrollings unterwandert worden. Fehler seien nur gemacht worden, weil der Kostenrahmen eingehalten werden musste. Er unterstellte der Verwaltung, die vorhandene Fachkompetenz sträflich zu vernachlässigen und den Architekten durch Gefälligkeit von jeder Schuld freigesprochen zu haben. Darüber hinaus seien ihm bei der damaligen Überprüfung der Sanierung des alten Rathauses Unterlagen vorenthalten worden. Er bezeichnete diese Verfahrensweise der Verwaltung als eine strafbare Handlung, da die Verwaltung gesetzliche Maßnahmen nicht eingehalten habe und den Erhalt von Mauerresten als strafbaren Zustand. Weitere rechtliche Schritte behalte er sich vor.

Herr **Baudrexl** grenzte erneut die Zuständigkeiten von Planungs- und Umweltausschuss sowie Rechnungsprüfungsausschuss ab. Er wies den Vorwurf der strafbaren Handlung entschieden zurück.

Herr **Dornblüth** ergänzte diesbezüglich, dass das gesamte Verfahren gutachterlich begleitet worden sei und zudem eine Fachfirma mit dem Abriss und der Entsorgung betraut worden war. Seines Wissens nach habe es ebenfalls eine Abnahme durch den Gutachter gegeben. Die Äußerungen von Herrn Kloß bewertete er als Panikmache, gegen die er sich verwehre.

Herr **Lipinski** verwies auf die Zuständigkeit des Rechnungsprüfungsausschusses in Bezug auf die Ursachenforschung und Klärung der Regressansprüche. Er wies Herrn Kloß darauf hin, dass sein Wortmeldungspotenzial gemäß Geschäftsordnung nunmehr ausgeschöpft sei.

Des Weiteren erklärte er, dass er in seiner Funktion als Ausschussvorsitzender nicht damit einverstanden sei, in welcher massiven Form Herr Kloß die Verwaltungsmitarbeiter angreifen würde und Beschuldigungen ausspräche.

Herr **Krause** wies den Vorwurf von Herrn Kloß hinsichtlich der Kritik an der Mehrheitsfraktion, dass aus finanziellen Gründen ein falsches Handeln der Verwaltung gestützt worden sei, zurück.

Herr **Kissing** erwähnte nochmals, dass er die Verwaltung bitte, umfangreicher zu den Tagesordnungspunkten zu informieren und die Möglichkeiten der Tischvorlagen vermehrt zu nutzen.

Herr **Baudrexl** wies darauf hin, dass es grundsätzlich keine formalen Regelungen in Bezug auf Tischvorlagen gebe. Er sei jedoch der Meinung, dass die Verwaltung entsprechend der Erfordernis umfangreiche und qualitativ hochwertige Vorlagen erstelle. Teilweise werden gerade im Planung- und Umweltausschuss Unterlagen als Anlage zum Protokoll gegeben oder aber den Fraktionen zur Verfügung gestellt (Beispiele: Planung Fußgängerzone, Einzelhandelskonzept). Falls Herr Kissing dieses Thema weiter aufgreifen möchte, sei eine Grundsatzdiskussion dieser Thematik im Ältestenrat angebracht, da hier die Ausschussarbeit allgemein zu besprechen sei.

7.5 Planungen Eckgrundstück Bergstraße/Klothmanns Kamp

Herr **Dornblüth** informierte über die Planungen. Diese sehen vor, das vorhandene Einfamilienhaus abzureißen und eine 2-geschossige Neubebauung mit 1 Doppel- und 3 Einfamilienhäusern vorzusehen. Der Bereich ist nach § 34 BauGB zu beurteilen.

Herr **Liedtke** teilte mit, dass bei dem vorliegenden Vorhaben der Baumschutz in erheblicher Weise betroffen sei. Für das Bauvorhaben müssten insgesamt 44 Bäume (davon 28, die unter die Baumschutzsatzung fallen) gefällt werden. Hier solle eine Regelung über entsprechende zweckgebundene Ausgleichszahlung getroffen werden.

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

8.1 Mitteilungen der Verwaltung

8.1.1 Herr **Liedtke** teilte unter Bezugnahme auf die Anfrage von Herrn Eckardt mit, dass die Details zur Bepflanzung und Gestaltung der Kreisverkehre in der kommenden Sitzung des Straßenverkehrsausschusses am 22.03.2006 behandelt würden.

8.1.2 Herr **Liedtke** informierte darüber, dass für das Bauvorhaben im Bereich des Pfarrgartens an der Kampstraße Baumfällungen anstünden. Die Abgeltung erfolge über Ausgleichszahlungen. Ein Fledermausexperte werde die Maßnahme begleiten.

8.1.3 Herr **Liedtke** gab bekannt, dass das Land signalisiert habe, dass in diesem Jahr erstmals keine Fördermittel für die Denkmalpflege zur Verfügung gestellt würden.

8.2 Anfragen

Anfragen wurden nicht gestellt.

Herr **Lipinski** schloss die Sitzung um 21.30 Uhr.

gez. Friedhelm Lipinski
Vorsitzender

gez. Uwe Liedtke
Schriftführer